

“Politische Reform” in Italien und Japan

WARUM GELANG DIE REFORM DES WAHLSYSTEMS? (1)

Taro DAIKOKU

(Humboldt Universität zu Berlin)¹

Einleitung

Anfang der 90 Jahre erreichte die Diskussion über politische Reformen in den beiden Staaten Italien und Japan anlässlich einer Welle von Korruption ihren Höhepunkt, und in diesem Zusammenhang wurde in beiden Ländern die Reform des Wahlsystems, nämlich die Einführung des neuen Mehrheitswahlrechts, verwirklicht. Diese in Italien und Japan fast gleichzeitig gelungene Reform wurde von einem Regierungswechsel begleitet, durch den die dominierenden konservativen Parteien, die Liberale Demokratische Partei (LDP) in Japan und die Christdemokratische Partei (DC) in Italien, die während der parteipolitischen Geschichte der Nachkriegszeit über 40 Jahre die Macht besetzt gehalten hatten, erstmals aus der Regierung ausgeschlossen wurden. Warum aber erfuhren Italien und Japan fast gleichzeitig zu dieser Zeit eine so ähnliche politische Umwandlung? Läßt sich in den beiden Prozessen vielleicht eine gemeinsame, konsequente Logik finden?

1 Ich danke meinen Freunden ganz herzlich; Dirk für seine Hilfsbereitschaft und zuverlässige Arbeit, Steffen für unsere guten Erinnerungen und Tadaaki für unsere “beste” Freundschaft.

Kapitel 1 : Änderung des Wahlrechts als “politische Reform”

Was bedeutet “politische Reform” überhaupt? Denn eigentlich kann dieser Begriff einige unterschiedliche Bedeutungen haben. In Japan, wo immer wieder Korruptions- und Schmiergeldskandale den Unmut der Bürger erregten, wurde öfter über das Anti-Korruptions-Gesetz Großbritanniens diskutiert, und auch in der Bundesrepublik Deutschland standen politische Reformen zur Stärkung der Befugnisse des Bundestags zur Debatte. In Italien wurde in den 80 er Jahren von der Sozialistischen Partei (Partito Socialista Italiano, PSI) und besonders von dem von ihr gestellten Ministerpräsidenten der Koalitionsregierung, Bettino Craxi, als politische Reform die Direktwahl des Staatspräsidenten der Republik befürwortet. Die Frage, deren Beantwortung nun am wichtigsten ist, muß deshalb lauten : Warum wurden politische Reformen in Italien und Japan in den frühen 90 er Jahren in Form einer Änderung des Wahlrechts - die nicht mehr als eine von mehreren anderen annehmbaren Möglichkeiten war - verwirklicht, ja sogar in der Form der Einführung des Mehrheitswahlrechts?

Um den Schluß dieses Aufsatzes kurz vorwegzunehmen : Die Wahlrechtsänderung zum Mehrheitswahlrecht sollte eine Zerschlagung der unter der immer gleichen Koalitionsregierung zementierten Wahlgewohnheiten der Bürger bezwecken, um neue Bewegungen ins politische System einzuführen und in großem Umfang eine parteipolitische Neuordnung (Party Realignment) zu verursachen. Vom Mehrheitsrecht wurde angenommen, daß es die größte Wahrscheinlichkeit für die gewünschten Änderungen biete. In diesem Sinne kann man sagen, daß die politische Stabilität der

beiden Staaten in den 80er Jahren eine gewaltige politische Neuordnung zu Beginn der 90er Jahre hervorbrachte. Die Zementierung der Wählerbewegungen und die Stabilität der Macht : Dies haben die politischen Situation in Italien und Japan in den 80er Jahren gemeinsam, und dadurch haben die beiden Staaten Anfang der 90er Jahre sehr ähnliche politische Reformen erfahren. Zwar darf man den Unterschied nicht übersehen, daß einerseits in Japan die LDP nach dem zweiten Krieg über 40 Jahre fast allein die Macht monopolisiert hatte, aber andererseits in Italien die Koalitionsregierungen mit der großen Polpartei DC noch länger bestanden hatten. Aber man kann bestätigen, daß in beiden Staaten die Regierungspartei(en) über eine lange Zeitdauer die wichtige Macht in Politik und Gesellschaft besaß(en) und daß vor allem in den 80er Jahren die Stabilität der langen Regierungen besonders hoch war, wie später noch genauer überprüft wird. Die Geschichte der italienischen Regierungen betrachtet, war die Craxi-Regierung beispiellos lang, und das geheime Einvernehmen von sogenanntem CAF (Craxi-Andreotti-Foliani) zeigt die Zementierung in der Führung der italienischen Politik. Ebenso in Japan : Die Nakasone-Regierung dauerte 5 Jahre, und die Einrichtung des "Alle-Hauptstrom-Regimes " unter Takeshita und die Wiedererstarben der LDP in den Wahlen der 80er Jahre erweckten den Eindruck, daß die Führung der LDP sehr stabil sei. In der Politik der beiden Staaten in den 80er Jahren konnte man nichts entdecken, was die von den Bürgern als große und plötzliche Umwandlung empfundenen Reformen erahnen läßt ; die Politik war vielmehr von umfassender Stabilität geprägt. Die Enthüllungen der Skandale jener

“Politische Reform” in Italien und Japan (DAIKOKU)

Zeit durch die Staatsanwaltschaft sorgte bei den Bürgern für Aufregung über die wiederholten Korruptionen, was die Forderungen nach politischen Reformen entfachte und ihnen einen wichtigen Schub zu ihrer Verwirklichung gab. Diese korrupten Strukturen der Politik sind eine der Folgen lange monopolisierter Macht, und in diesem Sinne kann man sagen, daß sich hier eine Gemeinsamkeit der beiden Fälle zeigt.

Es ist die These dieses Aufsatzes, daß die Änderung des Wahlrechts und die umfassende politische Umsetzung, die in beiden Staaten fast gleichzeitig stattfanden und in anderen vergleichbaren fortschrittlichen industriellen demokratischen Staaten beispiellos waren, eine Folge dieser politischen Stabilität in den 80er Jahren waren. Gerade den Akteuren, die in der zementierten, stabilen politischen Ordnung ausgeschlossen waren oder verlorengingen, war es wichtig, durch die Forderung nach einer Änderung des Wahlrechts und ihre “politische Reformen” den Versuch zu unternehmen, eine gewaltige politische Umsetzung und Neuordnung als Folge zu verwirklichen, damit sie auf der politischen Bühne (wieder) im Mittelpunkt auftauchen könnten. Die Änderung des Wahlgesetzes und die parteiliche Neuordnung bedeuteten für sie das letzte Mittel zum Überleben.

Kapitel 2, Institutionalisierung und Stabilität der machtpolitischen Führung in den 80er Jahren

(Japan)

Das sogenannte “Regime von 1955”, das mit der Gründung der LDP und der Fusion der rechten und linken Sozialisten zu einer

Sozialistischen Partei (JSPD) begann, blieb nach der Entstehung eigentlich stabil, indem die LDP allein fast von Anfang über mehr als die Hälfte der Sitze im Parlament verfügen konnte, während die JSPD ungefähr halb so viel Mandate wie die LDP bekam und die erste Oppositionspartei blieb. Wenn auch in den 70er Jahren die Stimmenanteile der beiden großen Parteien zurückgingen und im Lager der Opposition Zersplitterung einsetzte, blieb diese Zusammensetzung, in der außerdem auch Wählerbewegungen schablonenhaft fixiert waren, lange bestehen. Die Abgeordneten der LDP konnten schon vor Wahl "abzählen", wieviele Stimmen sie erhalten würden und die JSPD konnte sich auf die Unterstützung der Gewerkschaften verlassen, um Wahlkampf führen zu können. Diese Schematisierung der Wählerbewegungen entwickelte sich durch das japanische Wahlgesetz der sogenannten "single non-transferable vote (SNTV)" und durch die Strategie der Parteien und blieb lange gleich². Im Parlament entwickelte sich auch Institutionalisierung: In inoffizieller Sitzung wurden wichtige Gesetze und Fragen der Parlamentsleitung fast immer vorher beraten. Von der Presse wurde öfter kritisiert, daß sich Regierung und Opposition schon einig seien, auch wenn sie sich in der Öffentlichkeit noch hart gegenüberstanden.

Während Wählerbewegungen durch Wahlen unter dem SNTV Wahlgesetz und durch das Verhältnis zwischen Regierung und Opposition im Parlament schematisiert und institutionalisiert wurden, entwickelte sich Auseinandersetzung um die Macht vielmehr als

2 Masumi Ishikawa, *Sengo Seiji Kozoshi*, Nihon Hyoronsha, 1978 ; dies., *Nihon Sengo Seijishi*, Iwanami Syoten, 1993.

Kampf zwischen den innerparteilichen Fraktionen der LDP. Aber auf diesem Bereich entwickelte sich die Schematisierung und Institutionalisierung seit den 70er Jahren auf beachtenswerte Weise weiter, und in den 80er Jahren wurden einige regulierende Maßstäbe für wichtige Auseinandersetzungen der LDP-internen Fraktionen aufgestellt und durch die Partei legitim angenommen, wodurch die Machtkämpfe innerhalb der Partei und die heimlichen Absprachen der Fraktionsführer, die bis dahin die Regel gewesen waren, ersetzt wurden, durch Regeln wie das Prinzip, nach Dienstalter zu offiziellen Positionen in der Regierung ernannt zu werden oder, parteiintern, das Prinzip der Proportionalität zur Verteilung von Kabinettsitzen sowie das Prinzip zur Zerstreung der Macht³. Die Einrichtung des “Alle-Hauptstrom-Regimes” unter Takeshita zeigte, daß diese Regeln noch gut funktionierten.

Von der Gründung der LDP bis zum Ende 60er Jahren standen sich innerhalb der Partei 8 verschiedene Fraktionen gegenüber. Während der Umfang einzelner Fraktion ab 70er Jahren zunahm, verringerte sich ihre Anzahl aber auf 5 Gruppen, 4 relativ große und eine relativ kleine, und stabilisierte sich. Während dieses Vorgangs wurden bereits die genannten Regeln innerhalb der LDP herausgebildet⁴. Ministerpräsident Sato führte zum ersten Mal in der Geschichte der LDP diese Mechanismen in die Partei ein, weil

-
- 3 Seizaburo Sato und Tetsuhisa Iwasaki, *Jiminto Seiken*, Tyuokoronsya, 1986, Kapitel 2.
 - 4 Masaru Kohno, Rational Foundations for the Organisation of the Liberal Democratic Party in Japan, in *World Politics*, no. 44, 1992, pp 369-397; ders., *Jiminto: Sosiki riron kara no kento*, *Leviathan*, vol. 9, 1991.

er als Nachfolger der Ministerpräsidenten Yoshida, Ikeda und Kishi ganz genau wußte, daß sie jedesmal von Anti-Hauptstrom-Fraktionen der LDP aus dem Amt gehoben worden waren. Deswegen beabsichtigte er, mit einer neuen Strategie seine Regierung noch mehr stabilisieren und aufrechterhalten. Er vermied es, alle wichtigen Posten von den führenden Fraktionen monopolisieren zu lassen und garantierte den anderen Fraktionen "gerechte Anteile (Fair Shares)", um die Entstehung hartnäckiger Anti-Hauptstrom-Fraktionen zu vermeiden, wodurch es ihm gelang, seine Regierung 8 Jahre zu halten⁵. Nach der Sato-Regierung wurde seine Strategie weiter gefolgt. Suzuki wurde als Nachfolger Ohira, der im Wahlkampf starb, einstimmig zum Vorsitzenden der LDP gewählt, und nach der 5 jährigen Amtsperiode Nakasones wurde das Alle-Hauptstrom-Regime unter Takeshita eingerichtet⁶. Das Verhältnis der LDP-Fraktionen und ihre Prinzipien erreichten auf diese Weise in den 80er Jahren ihr Gleichgewicht, und die Institutionalisierung und Fixierung der Prinzipien auf den verschiedenen Ebenen der japanischen Politik wurde deutlich. Niemand konnte damals vorhersehen, daß dieses Gleichgewicht so leicht und schnell zusammenbrechen würde.

Es wird in den gegenwärtigen Forschungen zur japanischen Politik darauf hingewiesen⁷, daß eigentlich das japanische Wahlsys-

5 Motoo Goto, Kenzo Uchida und Masumi Ishikawa, *Sengo hosyu seiji no kiseki ge*, Iwanami syoten, 1994, Kapitel 8.

6 Hiroshi Tanaka, *Sengo nihon seijishi*, Kodansya, 1996.

7 Steven Reed, Structure and Behavior: Extending Duverger's Law to the Japanese Case, in *British Journal of Political Science*, vol. 20, 1990 ; Masaru Kohno, 1992 (Anm. 3).

tem starke Einflüsse, die man nicht nur in der Art der Wählerbewegungen, sondern auch in der Dynamik der LDP-Fraktionen beobachten kann, zu dieser Entwicklung beitrug. Masaru Kohno zeigte, daß die optimale Zahl der Fraktionen innerhalb der LDP unter 5 sein müsse. Dies ist so, weil unter dem japanischen SNTV-Wahlsystem 3 bis maximal 5 Mandate pro Wahlkreis vergeben wurden und Wahlkreise mit 5 Mandaten nur etwa ein Drittel, also relativ wenig, betrug. Es ist eine Tatsache, daß in den 80er Jahren die Zusammensetzung der LDP-Fraktionen aus 4 großen und einer kleinen Fraktion bestand, was die Richtigkeit von Kohnos Schlußfolgerung beweist.

Wenn die Fassung richtig ist, daß das japanische SNTV-Wahlsystem der Institutionalisierung der japanischen Politik im allgemein und der innerparteilichen Verhältnisse der LDP-Fraktionen im besonderen Vorschub leistet, könnte umgekehrt das Wahlsystem selbst leicht zum Objekt der Manipulation durch Machtkämpfe zwischen Fraktionen werden⁸. Würde das Gleichgewicht der innerparteilichen Fraktionen oder der parteiinternen Regeln durch irgendeinen Grund plötzlich erschüttert, könnte Unzufriedenheit mit den bereits in der Partei bestehenden Regeln aufkommen und Veränderung des geltenden Wahlrechts von denen gefordert werden, die sich durch die bestehenden Regeln vernachlässigt fühlten und in deren Änderung Vorteile für sich sehen. In diesem Sinne bedeuteten die Entstehung einer sechsten Fraktion, der Hata-Fraktion, und die Spaltung der Takeshita-Fraktion Abweichungen von der normal funktionierenden Politik der LDP und

8 *ibd.*, S. 396-397.

zerbrachen das Gleichgewicht der stabilen japanischen Politik der 80er Jahre. Der Prozeß der Spaltung der LDP, der zu der nachfolgenden Nicht-LDP-Regierung unter Hosokawa führte, nahm in der Tat seinen Anfang mit dem Aufstand der Hata-Fraktion. Man kann den Spaltungsprozeß der LDP verstehen als Verlauf des gespannten Verhältnisses der das Gleichgewicht störenden Hata-Fraktion und der anderen Fraktionen, die sich einig waren, sich an die nach der 70er Jahren entwickelten Prinzipien halten zu wollen.

(Italien)

Die Merkmale der italienischen Politik, daß ständig über 10 Parteien im Parlament vertreten waren, daß keine Regierung auch nur ein ganzes Jahr dauerte, und daß nach langen Kabinettskrisen die neue Regierung aus der gleichen Parteienkoalition wie die letzte Regierung gewählt wurde, wurden manchmal als chaotisch bezeichnet. Auf der anderen Seite aber zeigte die italienische Politik ihre Stabilität: Weil fast 40% aller Parlamentsmandaten von solchen Parteien besetzt waren, die als koalitionsunfähige Anti-Regime-Partei betrachtet wurden (Kommunisten und Neofaschisten), mußte die Regierung immer wieder aus der gleichen, knapp 60% der Mandate haltenden Parteienkoalition gebildet werden. Wegen der Anwesenheit der starken Kommunisten und des fast perfekten Verhältniswahlrechts konnte die DC, die in der Mitte dieser Koalition saß und stärkste Partei im Parlament war, in allen Regierungen nach dem 2. Weltkrieg die zentrale Rolle spielen⁹.

9 Stephen Hellman, *The Rise and Fall of the Postwar Settlement*, in Mark Keselman and Joel Krieger (eds.), *European Politics in Transition*, second edition, D. C. Health and Company, 1992.

In diesem Kontext entstand der Klientelismus, der bezeichnend für die italienische Politik war. Um die starken Kommunisten aus der Regierung ausgeschlossen zu halten, mußte die DC immer den Pol der Regierung bilden und besaß deswegen die Position zum Aufbau von Partnerschaften mit wichtigen gesellschaftlichen Organisationen. Aber ihr fehlte nicht nur ein charismatischer Parteiführer, sondern auch eine effektive Parteiorganisation, mit denen die Partei diese Organisationen systematisch behandeln oder in eine bestimmte Richtung dirigieren konnte. Deswegen mußte die DC mitte der 50er Jahre, als sie nur mit antikommunistischen Ideologien oder der Unterstützung der Kirche nicht mehr genug Einfluß erhalten konnte, versuchen, durch Patronat die Partnerschaft mit gesellschaftlichen Gruppierungen und Organisationen zu verstärken¹⁰. Nach der Ausdehnung der öffentlichen Bereiche durch Verstaatlichung der Industrie Ende 50 er Jahren vergrößerten sich die Mittel, über die die DC durch Patronat verfügen konnte. Außerdem wurde das Parlament zu einer Arena von Verhandlung und Kompromissen und die Regierung zu einer Koalition mit Patronat, und zwar deswegen, weil man bei der Rekonstruktion des italienischen Staates nach dem Krieg aus Furcht vor Faschismus eine konstitutionell schwächere Exekutive eingesetzt hatte¹¹. Diese Zusammenhang des Klientalismus, und daß die Regierungsparteien, deren Führung immer die DC übernahm, für Unter-

10 Patrick MacCarthy, *The Crisis of the Italian State: From the Origins of the Cold War to the Fall of Berlusconi*, St. Martin's Press, 1995, chap. 1,2,4.

11 Martin Shefer, *Party and Patronage: Germany, England and Italy*, *Politics and Society*, vol. 7, 1997.

stützung in den Wahlen auf Kosten der notwendigen Reformen für demokratische Regierungsleitung, einer effektiven und konsequenten Wirtschaftspolitik und einer gerechten Management der Gesellschaft Staatsmittel verschwendeten, fand sich in der Mitte des italienischen politisch-wirtschaftlichen Regimes¹². Es gelang der DC bis zur Champi-Regierung 1993, die Kommunisten aus der Regierung auszuschließen und die Leitung der Regierungskoalitionen ununterbrochen zu behalten. Dies zeigt, daß sich die grundlegende Zusammensetzung wandelte, aber trotz des oberflächlichen Chaos stabil blieb.

Die Entscheidung des PSI im Jahr 1980, wieder an einer 5-Parteien-Mitte / Links-Regierungskoalition teilzunehmen, und die Einverständnis der DC 1983 mit der Ministerpräsidentenschaft vom sozialistischen Vorsitzenden der PSI, Bettino Craxi, bedeuteten mehr als nur die Zunahme der Stabilität der Parlamentsleitung durch die Regierung dank der Teilnahme der PSI, deren Stimmenanzahl über 10% war. Es hätte für die Stabilität der Politik und für die DC gefährlich sein können, zu der Zeit, als sie normalerweise nur mit der PRI, der PLI und PSDI Regierungen bildete, die PSI an einer Koalition teilnehmen zu lassen. Der erste Grund dafür ist, daß sich in einer Koalition mit einer über mehr als 10% der Stimmen im Parlament verfügenden Partei die Kämpfe innerhalb der Regierungskoalition um die Verteilung der Reserven des Patronats verschärfte und diese überlastet hätten, und der zweite, daß möglicherweise die Teilnahme einer Linkspartei an der Regierung durch Aufnahme neuer Themen gesellschaftliche

12 Patrick MacCarthy, 1995 (Anm. 9).

Bewegungen ausgelöst hätte¹³. Beide Befürchtungen wurden Wahrheit, als die DC mit der PSI 1963 eine Mitte / Links-Regierung bildete. Die Renten- und die Ausbildungsreform, neue Gesetze zur Ehescheidung oder industriellen Verhältnissen, bei denen eigentlich die Regierung die Initiative übernahm, gaben starken Anlaß zu gesellschaftlicher Bewegung. Infolgedessen scheiterte das Hauptziel der Regierung, die Kommunisten aus der Regierung auszuschließen und politisch isoliert zu lassen. Der Aufschwung der Kommunisten in den Wahlen nahm mit dieser Regierung seinen Anfang und bedrohte die stabile Position der DC ab Mitte der 70 er Jahre.

Aber es muß betont werden, daß die Craxi-Regierung aus einer anderen Logik heraus gebildet wurde und andere Folgen hatte als die Mitte / Links-Koalition der 60er Jahre :

1.) Die PSI war unter der Führerschaft von Craxi schon umfassend umgewandelt worden, als er sich entschloß, mit der DC eine Koalitionsregierung zu bilden. Seiner Meinung nach war es gerade das “unperfekte zwei-Pol-Parteiensystem”, also das System zwei großer Parteien, ohne Regierungswechsel und mit den regierungsunfähigen Kommunisten, das die Ursache war für die ständige Instabilität und die immer wieder kehrenden Krisen der italienischen Politik. Einerseits betrachten die Bürger die Kommunisten als nicht regierungsfähig, andererseits verlore die DC langsam ihre Au-

13 Sidney Tarrow, *Maintaining Hegemony in Italy* : “ The softer they rise, the slower thay fall!” in T. J. Pempel, ed, *Uncommon Democracies : The One-Party Dominant Regimes*, Cornell University Press, 1990.

torität. Um Führung, Stabilität und Regierungsfähigkeit (sogenannte "Governabilität") in die italienische Politik einzuführen, müsse die PSI als "dritte Kraft" mehr Einfluß im italienischen Parteiensystem nehmen, um den Teufelskreis der bisherigen Politik zu durchbrechen. Seine Strategie war, daß die PSI nicht mehr nur als "Juniorpartner" der DC wie in den 60er Jahren, sondern als die den Ministerpräsidenten stellende Partei an einer Koalitionsregierung teilnahme¹⁴. Spätestens als es ihm Anfang der 80er Jahre gelungen war, den linken Parteiflügel auszumerzen, der eine Linksparteien-Koalition mit den Kommunisten favorisierte, entschied er sich, mit der DC zu koalieren. Als die DC 1983 noch weiter an Wählerstimmen verlor, konnte Craxi die DC zu ihrem Einverständnis dazu überreden, der PSI und ihrem Parteichef - Craxi selber - das Amt des Ministerpräsidenten zu übertragen. Ihm war endlich gelungen, als erster Sozialist in der Geschichte Italiens Ministerpräsident zu werden. Diese Koalition wurde von Craxi geführt und war in diesem Sinne anders als die DC-PSI-Koalition der 60er Jahre. Die PSI befand sich diesmal im Zentrum der Regierungskoalition.

2.) In Craxis Politik und in den Methoden ihrer Ausführung wurde etwas neues offensichtlich. Sein Regierungsentwurf zeigte, daß eine Reihe neo-liberalistischer Programme von der neuen Koalition unter seiner Führung vorangetrieben wurde, zum Beispiel die Eindämmung der Inflation, finanzieller Wiederaufbau, Zurückhaltung der Löhne und Reform des Wohlfahrtsstaates¹⁵. Die von Craxi angestrebte Reform der "Scala mobile" führte zu großen Diskussion

14 Spencer M. Di Scala, *Renewing Italian Socialism: Nenni to Craxi*, Oxford University Press, 1988, pp. 189-194.

15 *ibid.*, pp. 213-215.

und weitreichendem Streit in der italienischen Gesellschaft. Der von den Kommunisten und Italiens größter Gewerkschaft CGIL ausgerufte Widerstand war so groß, daß dieser Streit zu einer Volksabstimmung führte. Aber gerade Ministerpräsident Craxi gewann die Auseinandersetzung. Die Niederlage von der PCI und der CGIL in der Volksabstimmung zeigte, daß die Kommunisten und Gewerkschaften in Denken der Gesellschaft ziemlich isoliert waren¹⁶. In der Wahl 1987, die in einer Atmosphäre des wirtschaftlichen Aufschwungs und des Optimismus ausgeführt wurde, verlor die PCI einerseits noch weiter an Stimmenanteilen, während die PSI andererseits 14% der Wählerstimmen erhielt. Dieses Wahlergebnis zeigte, daß die Position der Craxi-Regierung von den Bürgern unterstützt wurde. Im Gegensatz zu den Mitte / Links-Regierungen der 60er Jahre gelang es ihr, die größte Oppositionspartei PCI in die mißliche Lage zu führen, die Kohäsion der Regierungskoalition noch zu erhöhen, und hielt sich so in der italienischen Nachkriegsgeschichte beispiellos lange, nämlich über 3 Jahre, in der Regierung.

Daß sich das enge Verhältnis von DC und PSI in den 80er Jahren verstärkte und die PCI dadurch und durch innerparteilichen Führungsstreit um den politischen Kurs der Partei noch schwächer wurde, zeigte, daß die Machtstruktur der italienischen Politik um die DC und die PSI in den 80er Jahren eine noch festere und stabilere Basis gewonnen hatte. Die drei Könige der DC

16 *ibid.*, pp. 216-222 ; Hideko Magara, *Itaria Syakyo no Tairitsu to Sekkin*, in *Seio Demokurashi no chosen*, Waseda Daigaku Shuppanbu, 1992.

und PSI, die diese Koalition dominierten, Craxi, Andreotti und Forlani (man nannte sie mit den Anfangsbuchstaben ihrer Namen einfach "CAF") hatten nicht nur unglaublich großen Einfluß in der italienischen Politik, sondern auch in der Wirtschaft und in der Schwarz- und Hinterwelt. Die politische Macht war so festgelegt, daß Personalangelegenheiten des öffentlichen Sektors und sogar zukünftiger Präsidenten oder Ministerpräsidenten von ihrem geheimen Einvernehmen bestimmt wurden¹⁷.

Kapitel 3, Zwei politische Prozesse zur Reform des Wahlsystems

Das Verlangen nach einer Reform des Wahlsystems trat als Mittel, von dem angenommen wurde, daß man mit einem solchen Unternehmen die in den 80er Jahren sprunghaft stabiler und fixierter gewordene politische Struktur entscheidend zerbrechen könnte. Als es immer klarer wird, daß man durch "normale" Mittel wie Wahlen oder Parlamentsreformen die damaligen machtpolitischen Verhältnisse kaum entscheidend verändern konnte, wurde von manchen eine gründliche Neugestaltung der Politik durch Änderung des die Mobilität steuernden Wahlrechts als einziges Mittel zur "politischen Reform" angesehen. Bei den Gemeinsamkeiten von Italien und Japan, nämlich warum in diesen beiden Staaten überhaupt genau zu dieser Zeit Änderung des Wahlsystems mit "politischer Reform" gleichgesetzt wurde, geht es um die fest fixierte parteipolitische Struktur.

17 Michael Braun, Craxi, Andreotti und Forlani : Höhepunkt und Selbsterstörung der christlich-sozialistischen Herrschaft, in *Italiens Politische Zukunft*, Fischer Taschenbuch Verlag, 1994.

“Politische Reform” in Italien und Japan (DAIKOKU)

Es gab zwei Politiker, die in der Diskussion um “politische Reformen” als dem größten politischen Thema in den Medien und der Öffentlichkeit als die führenden Rollen spielend angesehen werden. Die sind Mario Segni in Italien und Ichiro Ozawa in Japan. Man kann bei ihnen einige Gemeinsamkeiten finden, zum Beispiel sind beide Söhne sehr bekannter Politiker. Aber die wichtigste Gemeinsamkeit ist in diesem Fall, daß sie Mitglieder der stärksten und konservativen Regierungspartei im jeweiligen Parlament waren und daß sie der gleichen Auffassung waren, daß im Parlament Regierung und Opposition eigentlich nicht zusammenarbeiten, sondern sich gegenüberstehen, diskutieren und so Mehrheiten bilden sollten. Segni und Ozawa hatten sich schon lange für die Notwendigkeit “politischer Reformen” in Form von Wahlrechtsänderungen ausgesprochen, und diese Meinung entstammte ihrer Erkenntnis, daß das jeweilige damals gegenwärtige politische System kaum geeignete Maßnahmen gegen Probleme des Staates ergreifen konnte, weil ihm klare Mehrheit in den Parteien und eine starke Führerschaft der Regierungspartei(en) fehlte. Ihrer Meinung nach war es notwendig, Reformen des Wahlsystems durchzuführen, weil die daraus folgende parteipolitische Neuordnung die Führerschaft der LDP in Japan und der DC in Italien nach sich ziehen würde. Kurz gesagt: Ihr Hauptziel war es, durch Veränderung des Wahlsystems parteiliches Realignment zugunsten der konservativen Regierungspartei(en) zu verursachen und die Führungsrolle und die Initiative ihrer eigenen Partei in der Politik zu stärken.

Ihre Unternehmungen waren aber nicht der erste Versuch in

der Geschichte der beiden Staaten. Versuche zu Wahlrechtsreformen, um die Machtbasis der Regierungspartei(en) zu stärken, wurden schon vor Segni und Ozawa einige Male in die Tat umgesetzt, scheiterten aber interessanterweise jedesmal, obwohl sie eigentlich von der über die Parlamentsmehrheit verfügenden konservativen Regierungspartei unternommen wurden. In Italien war es der De Gasperi-Regierung zwar gelungen, einen Gesetzentwurf durchzubringen, nach dem die Partei oder Parteienkoalition, die in einer Wahl über 50%+1 Stimmen gewinnt, zwei Drittel der Parlamentsmandate erhält. Aber bei der nächsten Wahl unter dem neu geänderten Wahlrecht verlor die Regierungskoalition 13 Prozentpunkte gegenüber der letzten Wahl und verfehlte sogar knapp die Hürde von 50% der Stimmen für zwei Drittel der Mandate (62.6%→49.6%). Dabei zeigte sich, daß die Bürger das neue Gesetz Betrug (*Legge truffa*) betrachten, weil sie die Absicht der Regierungskoalition mit ungewöhnlich vielen ungültigen Stimmen scheitern ließen. Die Regierung mußte einsehen, daß das neue Wahlrecht vielmehr zu ihren Ungunsten funktioniert und wurde gezwungen, es zurückzunehmen¹⁸. Auch zwei Versuche in Japan stießen auf heftigen Widerspruch nicht nur von Seiten der Opposition und der Öffentlichkeit, sondern sogar von den vielen Abgeordneten der LDP, wodurch der Parteivorsitz gezwungen wurde, auf Wahlrechtsänderung zu verzichten¹⁹. Zwar waren Segni und Ozawas Konzeptionen zu parteilichem Realignment Anfang der

18 Gianfranco Pasquino, That Obscure Object of Desire : A New Electoral Law for Italy, in *West European Politics*, vol. 12, no. 3, 1989.

19 Masumi Ishikawa, 1993 (Anm. 1).

“Politische Reform” in Italien und Japan (DAIKOKU)

90er Jahre in einem anderen politischen Kontext entstanden als die eben erwähnten Versuche, aber ihre Absicht, durch Wahlgesetzreformen parteiliches Realignment zugunsten der stärksten Regierungspartei(en) zu verursachen und die Führungsrolle der LDP, beziehungsweise der DC, zu stärken, scheiterte auch dieses Mal wieder. Aber worin sich ihre Versuche von den jeweils vorangegangenen unterschieden, war die paradoxe Tatsache, daß der Schub neuer Akteure gerade durch das Scheitern der Regierungspartei(en) bei Reformversuchen in genau diesen Prozeß hereinplatzen und sich damit eine ganz neue Dimension zur Verwirklichung parteipolitischer Umgestaltung eröffnete, das heißt: Nicht zugunsten der Regierungspartei(en). Die Möglichkeit zu Reform des Wahlgesetzes und daraus folgendem parteilichen Realignment stieg interessanterweise dadurch erheblich, daß der erste Versuch der Regierungspartei(en) scheiterte und daß politische Reformen und Neuordnung von den neuen Akteuren, die in der unter derselben langjährigen (Koalitions-)Regierung patternalisierten und fixierten Machtstruktur vernachlässigt waren, als letztes Mittel zum Überleben neu entdeckt wurde und dadurch im politischen Konkurrenzsystem eine neue Bedeutung erhielt. Deswegen ist es selbstverständlich, daß der Standpunkt von Segni und Ozawa, die eigentlich zugunsten der eigenen Partei die Initiative ergriffen hatten, in diesem Prozeß der Veränderung der Bedeutung von Reformen und des Realignments ambivalent werden mußte. Sie müßte sich vorher nicht vorstellen können, daß Ozawa selbst in einem Prozeß der Verflüssigung der Parteipolitik aus seiner eigenen Partei, für deren Stärkung er eigentlich die Initiative ergriffen

hatte, austreten werden müsse und da gerade dadurch die LDP die absolute Mehrheit im Parlament verlieren werde, oder daß Segnis Initiative weiter als von ihm beabsichtigt gehen und letztendlich zum Zusammenbruch der DC führen könne. Wie geschah diese Veränderung überhaupt? Wie hatte das Paradoxon entstehen können, daß der Versuch der Minderheit zu einer Reform des Wahlrechts und daraus folgendem parteilichen Realignment Anfang 90er Jahre gelang, während die Versuche der eigentlich über die absolute Mehrheit verfügenden Regierungspartei(en) immer wieder scheiterten? Dies ist das Thema dieses Kapitels.

(Japan)

Das Konzept Ozawas zur politischen Reform

Während der Skandalwelle vom "Recruit-Gate" im Juni 1988 bis zum Tokyo-Sagawa-Kyubin Skandal 1993 war Ozawa genau im Zentrum der Machtstruktur der LDP und damit auch der japanischen Politik. In der Kaifu-Regierung, die 1989 gebildet wurde, unterstützte er als Generalsekretär der LDP den Ministerpräsidenten und war einer der mächtigsten Politiker in Japan. Bei der folgenden Miyazawa-Regierung spielte er auch als Stellvertreter des Vorsitzenden der größten Fraktion, der Takeshita-Fraktion, in der LDP entscheidend wichtige Rolle. Während er zu dieser Zeit die mächtigste Position in der japanischen Politik besaß, behauptete er, daß für die japanische Parteipolitik eine Reform des Wahlgesetzes und daraus folgendes parteiliches Realignment notwendig sei. Seiner Meinung nach zeige die Diskussion in der Öffentlichkeit und im Parlament über den Golfkrieg und den japanischen Beitrag zu

den internationalen Streitkräften die Blockade der japanischen Politik. Das japanische SNTV-Wahlsystem gebe den Minderheiten eine ungerecht große Macht, wodurch sie notwendige Führung blockieren könnten. Um der Politik Führung und Treibkraft wiederzugeben, müsse man das geltende Wahlrecht durch ein neues Mehrheitwahlrecht ersetzen²⁰. Seiner Erkenntnis nach sei die LDP (und ihr Generalsekretär, also er, Ozawa selbst) die einzige Partei, die die Probleme wie eine 9 Milliarden-US Dollar Ausgabe der Regierung zur Unterstützung der internationalen Streitkräfte, Entsendung der Selbstverteidigungsstreitkräfte zum UN-Einsatz nach Kambodscha, den PKO-Gesetzentwurf oder Handelskonflikte mit den USA aus dem Weg räumen. Die Opposition, besonders die JSPD als größte Oppositionspartei, sei total unrealistisch und unfähig. “Die JSPD zu ruinieren”, so Ozawa, sei die erste und wichtigste Aufgabe des neuen Mehrheitwahlrechtes nach seiner Einführung²¹. Kurz gesagt war Ozawas Konzept für “politische Reformen”, das heißt für Änderung der Wahlgesetze und daraus folgendes parteipolitisches Realignment, auf den Vorteil der LDP und der konservativen Macht bedacht. Aber gerade Ex-LDP-Generalsekretär Ozawa war es, der sich dazu entschied, mit seiner Fraktion aus der LDP auszutreten und eine Regierung ohne die LDP zu bilden, um so endlich die LDP aus der Regierung auszuschließen. Zwar nannte Ozawa den Grund für diese Entscheidung “politische Reform durch Änderung des Wahlrechtes und daraus

20 Ichiro Ozawa, *Nihon Kaizo Keikaku*, Kodansya, 1993.

21 Asahi Shinbun Hensyubu, ed, *Ozawa Ichiro Tanken*, Asahi Shinbun Sya, 1991, S. 200.

folgende Neuordnung“, aber wie die Tatsache, daß seine Fraktion mit der JSPD eine Koalitionsregierung bildete, zeigt, war seine ursprüngliche Absicht, die japanische Politik zu Gunsten der LDP und des konservativen Lager zu reorganisieren und die JSPD zu “ruinieren“, offensichtlich gescheitert, und er befand sich in einer völlig neuen Situation. Sein Konzept zu “politischer Reform” war schon zu diesem Zeitpunkt entartet. Die Reformen des Wahlrechtes, die als Mittel zum Realignment zu Gunsten der LDP gedacht waren, waren nun für Ozawa, der von der Machtstruktur in der LDP ausgeschlossen und in der Partei isoliert war, zum einzigen und letzten Mittel zu ihrem Überleben, über das er verfügen konnte, geworden. Wie hatte diese Entartung entstehen können?

Die Abspaltung der Takeshita-Fraktion und die Isolierung Ozawas

Es war noch kein Jahr seit der Bildung der Miyazawa-Regierung vergangen, als in der Tageszeitung “Asahi-Shinbun” entfällt wurde, daß der Vorsitzende der Takeshita-Fraktion, Shin Kanemaru, 500 Millionen Yen Schmiergeld von der Transportgesellschaft Tokyo-Sagawa-Kyubin in seine Tasche gesteckt haben sollte²². Damals unterstützten die meisten LDP-Politiker, einschließlich Ozawa und Hata, deren Gruppe doch später mit dem Hauptthema “politische Reformen” an die Öffentlichkeit trat, den alten, mächtigsten Politiker Japans. Aber die Erregung der Bürger über die immer wiederkehrenden Skandale und die bestechliche Struktur der Politik zwangen ihn, sein Mandat im Abgeordneten-

22 *Asahi Shinbun Zeitung*, 22. August, 1992.

haus niederzulegen. Diese Geschichte schien mit seinem Rücktritt von sämtlichen wichtigen politischen Ämtern und seiner Verhaftung wegen großer Steuerhinterziehung geschlossen zu werden, genauso wie immer abgeschlossen zu sein, ohne eine Gesetzesreform gegen Korruption nach sich gezogen zu haben, obwohl die Bürger eine solche Maßnahme eigentlich schon lange als “politische Reform” verstanden und verlangten. Aber dieses Mal brachten die öffentliche Erregung und der daraus resultierende Rücktritt Kanemarus insbesondere von dem Posten als Vorsitzender der Takeshita-Fraktion eine unerwartete Dynamik in das festgefahrene politische System, obwohl die Bürger sich dies vorher überhaupt nicht vorstellen konnten. Daß Kanemaru seinen Rücktritt als Fraktionsvorsitzender erklärte, führte bei der größten LDP-Fraktion, deren “Markenzeichen” eigentlich die harte Disziplin “Korpsgeist” war, zu schweren fraktionsinternen Streitereien um seine Nachfolge²³. Für Ozawa, der Vertreter des Vorsitzenden war, und den Kanemaru bis dahin eigentlich zu seinem Nachfolger machen wollte, war es sehr schwer, ohne die Unterstützung Kanemarus Fraktionsvorsitzender zu werden, da die anderen mächtigen, die schon längst mit der Fraktionsleitung Kanemarus zu Gunsten Ozawas unzufrieden waren, ebenfalls am Kampf um Führung der Fraktion teilnahmen. Als es der Gruppe der Ozawa-Gegner durch politische Manöver um die Mehrheit in der Fraktion gelang, offiziell einen von ihnen, Obuchi, zum neuen Vorsitzenden der Takeshita Fraktion zu ernennen, wurde Ozawas Position entscheidend geschwächt. Er sah sich

23 Saburo Kuroda, *Nagatacho honjitsu mo hansei no iro nashi*, KK BestBook, 1995.

plötzlich an die Wand gedrängt und stand in der Fraktion total isoliert da.

Was noch schlimmer für ihn war, war das Verhalten der anderen LDP-Fraktionen ihm gegenüber. Bereits seit langer Zeit waren sie unzufrieden mit dem immer von der Takeshita-Fraktion angeführten innerparteilichen Management und der Machtverteilung ihr zu Gunsten in den 3 Regierungen nach Takeshitas Amtsperiode, nämlich Uno, Kaifu und Miyazawa, die hauptsächlich mit der Unterstützung der über 110 Mandate verfügenden Takeshita-Fraktion, der größten in der LDP, gebildet worden waren. Die Spaltung der Takeshita-Fraktion betrachtend, begannen die anderen Fraktionen, sie offen zu kritisieren, da jede von ihnen eigenen Paräsidentschaftskandidaten hatte. Es ist verständlich, daß sie eine starke Abneigung gegen Ozawa empfanden, den ehemaligen Generalsekretär der LDP und Stellvertreter des Vorsitzenden der Takeshita-Fraktion und somit eine Person, die eine zentrale Rolle in der Herrschaft dieser Fraktion gespielt hatte²⁴. In dieser Situation wurden die Miyazawa-Regierung und der LDP-Vorsitz umgebildet. Daß Kajiyama, der einer der hartnäckigen Gegner Ozawas in der Takeshita-Fraktion gewesen war, zum Generalsekretär der LDP gewählt wurde, obwohl diese Fraktion durch die Abspaltung von Ozawa, Hata und anderen von der stärksten zur gerade noch drittschwächsten abgestürzt war, zeigte, wie einig sich alle Gruppen in der LDP waren, die neue Gruppe um Ozawa zu isolieren. Auch der selbstbewußte Ministerpräsident Miyazawa,

24 Yomiuri Shinbun Hensyubu, ed, *Seikai saihen no makuake*, Yomiuri Shinbunsha, 1993, Kapitel 1.

der durch die Unterstützung der Takeshita-Fraktion zu diesem Posten ernannt worden war und dafür seine Politik dem jüngeren Ozawa, ihrem Vertreter, offenlegen mußte, wodurch er sich stark erniedrigt gefühlt hatte, beabsichtigte, seine Regierung vom Einfluß der Takeshita-Fraktion zu befreien, um seine Regierung länger halten zu können als von ihm selber bis dahin erwartete²⁵. Ozawa mußte erkennen daß seine neue Gruppe “Reform Forum 21” nicht nur von der Takeshita-Fraktion, sondern von der ganzen LDP isoliert wurde.

Reform des Wahlsystemes als Strategie der Ozawa-Gruppe

Von dieser schwierigen innerparteilichen Situation stehend, begann die Ozawa-Gruppe, eine neue Strategie zu entwickeln, mit der sie sich aus dieser isolierten und ausgeschlossenen Lage befreien und auf einmal wieder im Mittelpunkt des politischen Geschehens auftauchen konnte, nämlich politisches Realignment durch Änderung des Wahlsystems. Die Tatsache, daß die LDP ohne 35 Mandaten der Ozawa-Gruppe im Abgeordnetenhaus die Mehrheit verlieren würde, ließ Ozawa auf einer idealen Position für parteiliches Realignment stehen. Der LDP-Vorstand zeigte sich darüber besorgt, und Opposition erwartete, daß die LDP erstmal seit der Entstehung des “Regimes von 1955” aus der Regierung ausgeschlossen werden könnte. Parteipolitische Neuordnung durch Einführung des Mehrheitswahlrechts wurde von Ozawa ein einziges Mittel betrachtet, mit dem er seine verlorene Führerschaft in der japanischen Politik wiedergewinnen könnte. Wie bereits erwähnt,

wurde das innerparteiliche Verhältnis der Fraktionen und ihr Gleichgewicht gerade durch den Einfluß des SNTV-Wahlsystem geformt. Je größer die Wahrscheinlichkeit, daß das neue Wahlsystem in die Tat umgesetzt würde, desto wahrscheinlicher auch die Liquidierung der bestehenden Fraktionsverhältnisse. Ozawa hoffte, daß seine Gruppe in diesem Prozeß unter dem Motto "politische Reform" jüngere Abgeordnete bei sich sammeln könnte, die noch keine feste Basis in ihren Wahlkreisen hatten und deshalb für ihre Wiederwahl ein "modisches" Thema brauchen. Auch die Oppositionsparteien konnten intervenieren in der Hoffnung, daß sich die LDP spalten könnte und sie erstmals seit der Entstehung des "Regimes von 1955" an einer Koalitionsregierung teilnehmen könnten. Ozawa mußte in diesem Prozeß den günstigen Platz besetzen und sich mehrere Alternative offenhalten. Außerdem gelang es ihm, die Öffentlichkeit davon zu überzeugen, daß eine Wahlrechtsänderung eine echte "politische Reform" sei, weil er die Möglichkeit zeigte, das zementierte politische System, wegen dessen Immobilität und Korruption die Bürger schon lange entnervt waren, zum ersten Mal zu zerbrechen und eventuell zu liquidieren. Obwohl die Änderung des Wahlsystems anfangs Taktik der Ozawa-Gruppe war, um sich aus der von der LDP isolierten Lage zu befreien, war diese Strategie nun zum Begriff für echte politische Reform geworden. Die Politiker, die sogar aus demokratischer Sicht gegen irgendeine Änderung des Wahlrechts waren, wurden von Ozawa und seine Gruppe als "konservativistisch" kritisiert und Kajiyama, Ozawas hartnäckigster Gegner und neuer LDP-Generalsekretär ist, wurde als der Spitzenman der "Konservatisten" angesehen. Warum ge-

“Politische Reform” in Italien und Japan (DAIKOKU)

rade Ozawa, der im Mittelpunkt der Geschichte der Korruption der LDP-Regierung gestanden hatte, in der Diskussion über “politische Reformen” als “Reformer” auftreten und sich so behaupten konnte? Der Gegensatz zwischen “Reformern” und “Konservatisten” entstand nicht durch Diskussion über politische Ethik, “saubere” Politik oder Demokratie, sondern durch den Kampf um Führerschaft der Takeshita-Fraktion.

Ozawas Dilemma(1) : Mißtrauensvotum

Ozawas Gruppe, die neue Hata-Fraktion, setzte die höchste Priorität darauf, daß irgendeine grundsätzliche Änderung der bestehenden Wahlgesetze und die Einführung eines Mehrheitswahlrechts noch vor allem anderen in die Tat umgesetzt werden müßte,, weil sie gerade durch diese Veränderung und die daraus folgende Liquidierung der politischen Klasse Abgeordneten der verschiedenen Fraktionen oder möglicherweise auch der Oppositionsparteien rekrutieren und sich deren Einfluß zu Nutze machen könnten. Die Hata-Fraktion behauptete zwar: “Ohne Reform des Wahlsystems gibt es keine Reform der Politik”, aber diese Worte waren nur Teil der Strategie. Unabhängig davon, ob sie ihre Spielkarte zum Vorstand der LDP verkaufen würde, sich entagungsvoll von der Partei abspalten oder die Zusammenarbeit mit den Oppositionsparteien suchen würde, mußte sie möglichst mit den meisten Abgeordneten die Initiative ergreifen, um im Prozeß der Liquidation den höchsten Einfluß ausüben. Könnte die neue Hata-Fraktion mit Ozawa nicht mehr als ihre bereits vorhandenen 44 Mandaten gewinnen, könnte sie auch ihre Isolation in Partei, die

über 200 Mandaten verfügt, nicht überwinden oder in der Zusammenarbeit mit den Oppositionsparteien keinen hinreichenden Einfluß ausüben, da die JSPD, die größte Oppositionspartei, allein im Abgeordnetenhaus 140 Mandaten besaß. Dies ist der Grund, warum sie behauptete, es sei "am wichtigsten, das Wahlsystem zu ändern, egal in welcher Form"(Hata)²⁶. Seine Gruppe übte immer mehr Druck aus.

Aber unglücklicherweise, war die Atmosphäre innerhalb der LDP stark gegen eine Abschaffung des SNTV-Wahlsystems und die Einführung irgendeines Mehrheitswahlrechtes, so wie auch alle bisherigen Versuche der LDP nach der Hatoyama-Regierung gescheitert waren. Auch Miyazawas Regierung zeigte, obwohl sie öffentlich versprochen hatte, "politische Reformen" durch Wahlrechtsänderungen noch in dieser Sitzungsperiode zu realisieren, ein sehr passives Verhalten, was die Einhaltung dieses Versprechen anging²⁷. Im Mai verabschiedete die Generalkommission der LDP als formale Parteipolitik die Einführung eines einfachen Mehrheitrecht, in der Voraussicht, daß jeder Versuch zur Verwirklichung eines Kompromisses zur Änderung des SNTV-Wahlrechts am starken Widerstand der Opposition gegen ein einfaches Mehrheitrecht scheitern werde, ohne daß der Eindruck in der Öffentlichkeit erweckt würde, die LDP wolle gar keine Reformen²⁸. Als die jüngeren, reformwilligen Abgeordneten der LDP einen Kompromiß mit der Opposition, die ein Verhältniswahlrecht nach dem Vorbild

26 Saburo Kuroda, 1995 (Anm. 25), S. 70-74, 118-127.

27 Eiji Oshita, *Jiminto moyu*, Kodansya, 1992, S. 332-337.

28 *Asahi Shinbun Zeitung*, 1. April, 1993.

Deutschlands einführen will, suchten, konnten die keine Veränderung wünschenden älteren Abgeordneten diesen Vorschlag ihrer jüngeren Parteigenossen mit der Begründung kategorisch ablehnen, daß die Generalkommission bereits eine offizielle Entscheidung für die Partei getroffen habe. Auch Generalsekretär Kajiyama, der eigentlich als entschiedenster Gegner von Reformen betrachtet wurde, ließ sich durch Überredung innerhalb der Partei und durch den Druck der Ozawa-Gruppe und der Öffentlichkeit auf einen Kompromiß mit der Opposition ein und schlug ein neues Wahlsystem vor, in dem Mehrheitsrecht und Verhältnisrecht gleichberechtigt nebeneinanderbestehen, also einen Kompromiß zwischen der offiziellen Politik der LDP und dem Vorschlag der Opposition. Aber er konnte keine Mehrheit in der Partei dafür gewinnen, und die Miyazawa-Regierung mußte darauf verzichten, bis zum Ende dieser Sitzungsperiode im Juni “politische Reformen” zu realisieren²⁹. Miyawaza, der Ministerpräsident Japans wurde in der Öffentlichkeit als “Lügner” bezeichnet, und die öffentliche Meinung über ihn stürzte auf einen Tiefstand. Die Oppositionsparteien entschieden sich und verlangten, im Parlament Mißtrauensvotum durchzuführen.

Diese Entwicklung war für Ozawa-Gruppe am ungünstigsten : Denn um ihre Strategie richtig funktionieren zu lassen, muß sich irgendeine Veränderung des geltenden Wahlsystems und die daraus folgende Liquidierung der politischen Klasse noch vor allem anderen ereignen. Aber ihre Erwartungen gingen fehl, als die Hoff-

29 Asahi Shinbun Seijibu, ed., *Seikai Saihen*, Asahi Shinbunsha, 1993, S. 33-34.

nung auf ein neues Wahlsystem schwand und sich die Wahrscheinlichkeit einer Neuwahl noch vor der Änderung des Wahlsystems und der Liquidation der politischen Klasse erhöhte. Das erste Dilemma der Hata-Fraktion in dieser Situation war, ob sie mit der Opposition als "Reformer" für das Mißvertrauensvotum gegen die Miyazawa-Regierung, die "politische Reformen" scheitern lassen hatte, stimmen würde, oder als Mitglied der LDP, von der die Regierung geformt wurde, dagegen. Weil man nur mit den Stimmen der Opposition keine Mehrheit im Parlament erreicht, erregte es natürlicherweise die Aufmerksamkeit der Öffentlichkeit, wie die Hata-Gruppe sich verhält. Auf der einen Seite wollte Ozawa in diesem Stadium der Entwicklung, als die Voraussetzungen für seine Strategie noch gar nicht gegeben waren, die LDP nicht verlassen, aber auf der anderen Seite konnte er die Miyazawa-Regierung, die in der Öffentlichkeit nicht mehr regierungsfähig betrachtet wurde, nicht befürworten, weil er sich selber "Reformer" nannte. Seine einzige Hoffnung war, daß Miyazawa es übers Herz bringen und wagen würde, bei Neuwahlen als Spitzenkandidat der LDP nicht anzutreten, und daß das Miyazawa-Kabinett wahrscheinlich zurückträte, wenn dem Mißtrauensvotum der Opposition mit den Stimmen seiner Fraktion zugestimmt werde, und dies alles, damit seine Fraktion die LDP nicht verlassen brächte, ohne ihrem Bild in der Öffentlichkeit als "Reformer" zu schaden³⁰. Würde dies geschehen, könnte seine Gruppe Miyazawa, Kajiyama und den Parteivorstand, der entschlossen gegen Ozawa war, für das Scheitern der "politischen Reformen" verantwortlich machen und zum Rücktritt

30 Yomiuri Shinbun, ed., 1993 (Anm. 29), S. 106-107.

lung in der Hand habe.

Eine kleine Gruppe um den Abgeordneten Takemura, den Ex-Gouverneur der Präfektur Shiga, kündigte kurz nach der Entscheidung des Mißvertrauenvotums unerwartet ihren Austritt aus der LDP an. Diese Gruppe bestand aus jüngeren Abgeordneten, die zwar "Reformen" durch Wahlrechtsänderungen verlangen, aber an der Ozawa-Gruppe wegen ihrer Vergangenheit als machtsüchtige und korrupte Fraktion zweifelte. Um ihre Entscheidung und ihren Willen zu verheimlichen, hatte diese Gruppe gegen das Mißvertrauenvotum gestimmt, und dieses Verhalten drängte Ozawa zum Austritt aus der Partei; denn seine Gruppe, die für das Votum gestimmt hatte, konnte, um in der Öffentlichkeit nicht den Eindruck zu erwecken, nur aus machtpolitischem Kalkül noch mit der unfähigen Miyazawa-Regierung zu verhandeln, nicht mehr in der LDP bleiben, da die Takemura-Gruppe, die dagegen gestimmt hatte, ausgetreten war. Ohne es zu wünschen, hatte Ozawa plötzlich keine andere Alternative mehr, als mit nur 44 Abgeordneten endlich aus der LDP auszutreten³³. Seine Strategie war gescheitert.

Ozawas Dilemma beruhte auf der Tatsache, daß die Bedeutung seiner Mittel zum Erreichen seines eigentlichen Ziels, also die Stärkung der Machtbasis der LDP im Parlament, im machtpolitischen Prozeß innerhalb der Takeshita-Fraktion und der LDP, entartet war. "Politische Reformen" durch Änderung des Wahlrechts und daraus folgendes Realignment wurden nun zum einzigen Mit-

33 Masaru Kohno, 93 nen no seiji hendo: mou hitotsu no kai-syaku, *Leviathan*, vol. 17, 1995, S. 41.

tel für sein Überleben und das seiner kleinen Gruppe. Ozawa hatte bis seinem Austritt daran festgehalten, in der LDP zu bleiben und wieder die Parteiführung zu ergreifen. Angesichts seiner Karriere in der LDP ist das nur verständlich. Aber seine Taktik, den Vorstand mit Austrittsdrohungen zur Änderung des Wahlrechts zu zwingen, war als Minderheit in der LDP zwar sein einziges Mittel zum Überleben, aber äußerst gefährlich für ihn. Als alle Versuche zur Reform des Wahlsystems und somit seine Strategie zur Liquidation der parteiinternen Strukturen gescheitert waren, mußten er und seine Gruppe ungewollt die Rechnung dafür bezahlen, daß sie sich der Öffentlichkeit bisher als “Reformer” einzuprägen versucht hatten³⁴.

Ozawas Dilemma(2) : Hosokawas “Japan New Party(JNP)” und Takemuras “Sakigake”

Was es noch schwieriger für Ozawa machte, war, daß seine Gruppe nicht alle “reformmütige” Kräfte in der LDP bei sich sammeln konnte, da die Glaubwürdigkeit ihrer Behauptungen zu “Reformen” aufgrund ihrer machtsüchtigen und korrupten Vergangenheit zweifelhaft war. Die Takemura-Gruppe, deren Versuche zu politischen Reformen seit der Kaifu-Regierung immer wegen innerparteilicher Gründe gescheitert waren³⁵, trat unabhängig vom Verhalten der Ozawa-Gruppe aus der LDP aus. Nicht nur dies ließ Ozawas Strategie scheitern, sondern so vereitelte Takemura auch Ozawas Versuch, das Schlagwort “Reformen” zu monopolisieren.

34 *ibid.*

35 Über diese Gruppe, siehe, Eiji Oshita, 1992 (Anm. 26).

Infolgedessen konnte Ozawa das andere Bild seiner Gruppe, die immer im Zentrum der korrupten LDP-Regierungen gestanden hatte, nicht auslöschen. Dies hatte bei der späteren Entwicklung der Dinge mehrmals schwerwiegende Folgen.

Außerdem hatte der Ex-LDP-Abgeordnete Hosokawa vor dem Machtkampf innerhalb der Takeshita-Fraktion die Japan New Party (JNP) gegründet und diese glückliche Gelegenheit ergriffen. Es gelang ihm in der Zusammenarbeit mit Takemuras neuer Partei "Sakigake" einen "neuen Parteien Boom" auslösen. Auch wenn beide, Takemura wie Ozawa strukturelle "Reformen" der japanischen Politik einforderten, war es angesichts des konservativen Charakters ihrer neuen Parteien ziemlich offensichtlich, daß sie nach der Wahl eine Koalitionsregierung mit der LDP mit Vereinbarungen für einige Reformprojekte bilden würden, wenn sie nur ausreichend Sitze gewinnen könnten. Weil es aber sicher war, daß die LDP nach der Wahl immer noch die mächtigste Partei bleiben würde, war es auch vorstellbar, daß die LDP mit den anderen, kleineren Oppositionsparteien der politischen Mitte, wie zum Beispiel der Komeito oder der Demokratischen Sozialistischen Partei (DSP) eine Koalition suchen könnte. Die LDP hatte einige Möglichkeiten zur Alternative, während die Ozawa-Gruppe nur eine hatte. Da sie alle Beziehungen zur LDP abbrechen mußte, mußte sie schon vor der Wahl eine mehrheitsfähige alle-Oppositionsparteien-Koalition als ohne die LDP sicherstellen, um zu verhindern, daß sie in den Koalitionsverhandlung nach der Wahl allein außer Acht gelassen werden würde. Aber da eine Mehrheit ohne JSPD unvorstellbar war, mußte sich Ozawa ungewollt mit den

“Politische Reform” in Italien und Japan (DAIKOKU)

sozialistischen Abgeordneten der JSPD anfreunden, die er vorher
“ruinieren” wollte³⁶; Er hatte einfach keine andere Wahl, und dies
war sein zweites Dilemma.